



An die Lokalredaktionen

Stadt Glinde plant den Erlass der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung

Die Zeichen der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung, 50,0 Mio. Euro für die Finanzierung der Elternbeiträge als Corona-Soforthilfeprogramm zur Verfügung stellen zu wollen, nimmt die Stadt Glinde nun zum Anlass, auch die Eltern in Glinde von den Kinderbetreuungskosten frei zu stellen. Hierfür ist eine Sondersitzung der Stadtvertretung am Dienstag, 7. April, um 19 Uhr im Sportforum Gertrud-Kille, Halle 2 (Schulzentrum Oher Weg 24), in Planung.

Folgender Beschluss ist in Abstimmung mit den Fraktionen vorbereitet:

- Die Elternbeiträge für alle Betreuungsformen, die in unserer Stadt vorgehalten werden, sollen zunächst für den Monat April erlassen werden.

Der Beschluss umfasst:

- Die Betreuung in den Kindertagesstätten und Horten in städtischer **und** freier Trägerschaft,
- die Betreuung durch die Tagespflegemütter und -väter sowie
- die betreute Grundschulzeit an der Grundschule Tannenweg und
- die nachmittägliche Betreuung der offenen Ganztagschulen an der Grundschule Wiesenfeld sowie der Sönke-Nissen-Gemeinschaftsschule.

Damit geht die Stadt weitestgehend über die bisher angekündigten Vorhaben des Landes hinaus. Insbesondere stehen hierbei die Familien im Vordergrund, die aufgrund der drastischen Veränderungen und Auswirkungen ihren Lebensalltag vollkommen neu regeln und oftmals finanzielle Einbußen auf unbestimmte Zeit hinnehmen müssen. Aber es soll mit diesem Erlass der Gebühren auch eine Anerkennung für die Eltern zum Ausdruck kommen, die trotz der Risiken in sehr systemrelevanten Berufen tagtäglich für uns alle an vorderster Front arbeiten müssen und wirken.

„Da die Stadtvertretung nicht vor dem April-Termin dieses Vorgehen beschließen kann“, so Bürgermeister Rainhard Zug, „bitte ich die Eltern nun darum, Überweisungen für den Monat April auszusetzen bzw. die Daueraufträge für diesen Monat zu stornieren“. Die Stadtverwaltung wird ihrerseits keine Abbuchung vornehmen.



Stadt Glinde - Medieninformation

Ziel ist es den Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten. Da die Stadt die Restkostenfinanzierung auch für die freien Träger sicherstellt, regt Bürgermeister Zug das gleiche Verfahren auch dort an.

Falls es landesweit zu einer Verlängerung der Schließzeiten über den 19. April 2020 hinaus kommen sollte, wird ebenso eine weitere Gebührenbefreiung der Eltern veranlasst.